
**Rahmenvertrag
zum Vergabeverfahren
„Medical Clients (Medizinische IT-Hardware) Los 2“**

zwischen

Deutsches Rotes Kreuz Schwesternschaft Berlin gemeinnützige Krankenhaus GmbH
und
Zweite Gemeinnützige Krankenhaus GmbH Deutsches Rotes Kreuz Schwesternschaft Berlin

(nachstehend Auftraggeber / DRK Kliniken Berlin genannt)

und

Auftragnehmer

(nachstehend Auftragnehmer genannt)

wird folgender Rahmenvertrag über die Lieferung von Beschaffungsgegenständen gemäß Ausschreibung gegen Vergütung geschlossen:

Präambel

Die Sana Einkauf und Logistik GmbH führt im Namen und in Vertretung der DRK Kliniken Berlin ein Vergabeverfahren (nachfolgend „Vergabeverfahren“) über die Beschaffung von Medizinischen All-in-One PCs (nachfolgend „Gerät(e)“) für die Berliner Standorte durch.

Auftraggeber im vorliegenden Vergabeverfahren sind die DRK Kliniken Berlin. Die DRK Kliniken Berlin beabsichtigen, einen Vertrag über die Lieferung von „Medical Clients (Medizinische IT-Hardware)“ zu schließen.

Es ist geplant, einen Abrufrahmen zu schaffen, da zum jetzigen Zeitpunkt die einzelnen Abrufmengen sowie der Gesamtbedarf noch nicht vollumfänglich abgeschätzt werden kann. Außerdem ist der Bezug der Leistungen von Medical Clients über einen Zeitraum von bis zu vier (4) Jahren über diesen Vertrag geplant. Die Grundlaufzeit beträgt 24 Monate mit der Option zur zweimaligen Verlängerung um jeweils 12 Monate. Deshalb wurde ein Rahmenvertrag mit einem Vertragspartner europaweit ausgeschrieben.

Grundsätzlich ist eine Erteilung von unabhängigen Einzelbestellungen über die gesamte Laufzeit des Rahmenvertrages vorgesehen.

Vor diesem Hintergrund schließen die Vertragspartner folgenden Rahmenvertrag:

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Vertragsgegenstand	4
§ 2 Innovationsklausel	6
§ 3 Leistungen Auftragnehmer	6
§ 4 Bestellungen	8
§ 5 Qualitätssicherung	8
§ 6 Gewährleistung, Verzug	9
§ 7 Preiskonditionen	9
§ 8 Rechnungsstellung	9
§ 9 Zahlungsbedingungen	10
§ 10 Beschaffenheit der Produkte, Gewährleistung, Gefahrübergang	11
§ 11 Höhere Gewalt	11
§ 12 Mitwirkungspflichten des Auftraggebers	12
§ 13 Leistungsänderungen durch den Auftraggeber	12
§ 14 Ansprechpartner	13
§ 15 Haftpflichtversicherung	13
§ 16 Vertragsdauer und Kündigung	14
§ 17 Leistungsstörungen	15
§ 18 Haftungsregelungen	15
§ 19 Datenverarbeitung im Rahmen des Vertragsverhältnisses	16
§ 20 Verpflichtungen nach den Tariftreue- und Vergabegesetzen	16
§ 21 Schlussbestimmungen	17
§ 22 Rechts- und Gerichtsstandvereinbarung	17
§ 23 Salvatorische Klausel	17
ANLAGENVERZEICHNIS	18

§ 1 Vertragsgegenstand

- (1) Ziel dieses Rahmenvertrages ist es, die grundsätzlich anfallenden Leistungen und Bedingungen sowie die gegenseitigen Rechte und Pflichten für Einzelaufträge (Bestellungen) zu regeln, die im Laufe des Vertragszeitraumes erteilt werden. Auch werden Regeln und Prozesse festgelegt, die eine Anpassung der Vereinbarungen an die Weiterentwicklung des Auftraggebers/der Besteller unter Berücksichtigung der jeweils konkreten individuellen Bedürfnisse ermöglichen. Soweit dies zum Beginn der Vertragslaufzeit noch nicht möglich ist, werden die erforderlichen Konkretisierungen in Folgeverträgen vereinbart.
- (2) Vertragsgegenstand ist die Erteilung von Einzelaufträgen (im Folgenden „Einzelauftrag“) über den Kauf und die Lieferung von medizinischen All-in-One-Systemen (Medical Clients) für den Einsatz in patientennahen Bereichen einschließlich vorinstalliertem Betriebssystem und Standardtreibern, die damit verbundene verpflichtende Umbaudienstleistung (Einbau, Inbetriebnahme und Übergabe je Visitenwagen) sowie mit dem Vertragsgegenstand zusammenhängende optionale Dienstleistungen durch den Auftragnehmer gegenüber den jeweiligen Auftraggebern. Ferner sind Vertragsgegenstand die wesentlichen Inhalte der Einzelaufträge, auf deren Grundlage die Auftraggeber ihre jeweiligen Bestellungen vornehmen können.
- (3) Auftraggeber eines zu vergebenden Einzelauftrags und der auf deren Grundlage ausgelösten Bestellung ist der jeweilige Auftraggeber.
- (4) Diese Rahmenvereinbarung begründet keinen Anspruch des Auftragnehmers auf die Erteilung eines oder mehrerer Einzelaufträge.
- (5) Dieser Vertrag räumt den Auftraggeber das Recht ein, den Auftragnehmer während der Vertragsdauer mit der Belieferung des Ausschreibungsgegenstandes nach Maßgabe dieses Vertrages zu beauftragen. Sofern sich die Bestellung auf eine vertragsgegenständliche Leistung bezieht, ist der Auftragnehmer verpflichtet, diese anzunehmen und vertragsgemäß auszuführen. Seine Regelungen gelten bei der Erteilung, Annahme und Durchführung entsprechender Abrufe von Leistungen auch dann, wenn keine ausdrückliche Bezugnahme auf diesen Rahmenvertrag bei der Erteilung des Auftrags oder der Anforderung einer Leistung erfolgt.
- (6) Entsteht beim Auftraggeber ein konkreter Bedarf an Produkten und/oder Dienstleistungen gemäß **Leistungsverzeichnis und Preisblatt** ist der Auftraggeber und seine verbundenen

Unternehmen (Tochterunternehmen, Kliniken und Institute etc.) berechtigt, den Auftragnehmer mit der Lieferung von Waren und/oder der Erbringung von Dienstleistungen gemäß den Konditionen des **Leistungsverzeichnisses und Preisblattes** nach Maßgabe dieses Vertrages zu beauftragen.

- (7) Die Mengenangaben in dem **Leistungsverzeichnis und Preisblatt** sind geplante Mengen, die sich auf den durchschnittlichen Bedarf des Auftraggebers beziehen.
- (8) Durch den Rahmenvertrag allein wird keine Pflicht des Rahmenvertragspartners zur Erbringung von Leistungen begründet. Eine solche Pflicht entsteht erst mit der Erteilung einer Bestellung. Entsprechendes gilt für die Pflicht des öffentlichen Auftraggebers zur Zahlung des Preises für die bestellten Produkte nach ihrer Lieferung.
- (9) Es gelten ausschließlich die Vertragsbedingungen des Auftraggebers, entgegenstehende oder abweichende Bedingungen des Lieferanten, insbesondere die AGB, werden nicht anerkannt. Dies gilt auch dann, wenn die Auftraggeberin Kenntnis der Bedingungen des Lieferanten dessen Leistung vorbehaltlos annehmen.
- (10) Die Rechtsbeziehungen der Parteien in Bezug auf den Vertragsgegenstand ergeben sich aus
 - (a) diesem Rahmenvertrag,
 - (b) Leistungsbeschreibung
 - (c) Leistungsverzeichnis und Preisblatt
 - (d) den weiteren Ausschreibungsunterlagen (EU-Bekanntmachung und sämtliche Vergabeunterlagen, mit den Erklärungen und Angaben des Bieters in seinem Angebot, Nachhaltigkeitsmaßnahmen, Instandhaltungskatalog)
 - (e) Das bezuschlagte Angebot des Auftragnehmers (soweit dies nicht im Widerspruch zu den Vertragsunterlagen steht)
 - (f) VOL/B

Die Regelungen gelten in der vorgenannten Reihenfolge. Lücken innerhalb eines Vertragsbestandteils, gleich ob bewusst oder unbewusst, werden durch die jeweils genannten Vertragsbestandteile ausgefüllt. Zwingende gesetzliche Vorschriften bleiben unberührt. Die Anlagen zu diesem Rahmenvertrag gelten bei Unstimmigkeiten, dergestalt, dass neuere Anforderungen älteren Anforderungen (zur selben Anforderungen) vorgehen. Wenn und soweit das Angebot über die Anforderungen der Vergabeunterlagen hinausgeht, so gilt das Angebot.

-
- (11) Der Auftragnehmer gewährleistet, dass alle gelieferten Medical Clients den einschlägigen Normen für medizinische elektrische Geräte entsprechen, insbesondere IEC 60601-1 und den zugehörigen Teilen, und für den Einsatz in patientennahen Bereichen zugelassen bzw. geeignet sind. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, entsprechende Konformitätsnachweise auf Verlangen des Auftraggebers unverzüglich vorzulegen. Verliert ein geliefertes Gerät während der Vertragslaufzeit seine Konformität mit den anwendbaren medizinrechtlichen Anforderungen, hat der Auftragnehmer den Auftraggeber unverzüglich zu informieren und auf eigene Kosten für Abhilfe zu sorgen.

§ 2 Innovationsklausel

- (1) Der Auftraggeber ist berechtigt, im Sinne einer Innovationsklausel, auch vor Ablauf der Erstvertragslaufzeit eine Anpassung der Geräte in der jeweiligen Leistungsklasse zu dem im der Leistungsbeschreibung äquivalenten Produktpreis zu verlangen, sofern durch den Auftragnehmer neue Ausführungen auf dem Markt verfügbar gemacht worden sind oder Kliniken, die aufgrund ihres Aufgabenzuschnittes besondere Anforderungen an den Leistungsgegenstand haben. Diese Innovationsklausel gilt auch in den Fällen, in denen angebotene Produkte zum Lieferzeitpunkt vom Hersteller nicht mehr hergestellt und auch sonst nicht mehr bezogen werden können. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber diese Änderung unverzüglich mitzuteilen und dies auf Anfrage des Auftraggebers nachzuweisen. Der Auftraggeber hat in allen Fällen das alleinige Bestimmungsrecht, festzulegen, welche der angebotenen Ersatzprodukte geliefert werden.
- (2) Die angebotenen Ersatzprodukte müssen mindestens den Leistungsmerkmalen der in dem **Leistungsverzeichnis und Preisblatt** angebotenen Produkte entsprechen.

§ 3 Leistungen Auftragnehmer

- (1) Der Auftragnehmer wird - erst - durch die Erteilung einer Bestellung dazu verpflichtet, die Leistung zu erbringen, wie im **Leistungsverzeichnis und Preisblatt** dargestellt.
- (2) Der Auftraggeber wird die Produkte bei Bedarf bestellen.. Die im Leistungsverzeichnis angegebene Schätzmenge entspricht dem derzeit absehbaren jährlichen Bedarf des Auftraggebers. Die maximale Abrufmenge pro Jahr ergibt sich aus der Schätzmenge zuzüglich jeweils 20 % für das jeweilige Jahr. Soweit die angegebene Maximalmenge in einem Jahr nicht ausgeschöpft wird, kann die Differenz auch in einem späteren Vertragsjahr noch abgerufen werden.

-
- (3) Der Auftragnehmer hat die bestellte Menge innerhalb von 30 Kalendertagen nach Eingang der Bestellung an die in der Bestellung bezeichnete Anlieferungsstelle des Auftraggebers zu liefern, sofern im Einzelauftrag keine abweichende Frist vereinbart wird. Der vorgenannte Liefertermin gilt als verbindlicher Festtermin im Sinne des § 286 Abs. 2 Nr. 1 BGB; bei Überschreitung gerät der Auftragnehmer ohne Mahnung in Verzug.
- (4) Die Lieferung erfolgt frei Anlieferungsstelle, ohne Berechnung von Nebenkosten jedweder Art (z.B. Transportversicherung, Verpackung, Frachtkosten etc.). Für Lieferungen die als „dringend“ gekennzeichnet werden kann für die entstehenden Fahrtkosten zwischen dem Lieferanten und dem Auftraggeber eine abweichende Regelung vereinbart werden.
- (5) Jeder Lieferung ist ein Lieferschein beizufügen, der Angaben zu Art und Menge der gelieferten Produkte, das Bestelldatum sowie die Bestellnummer des Auftraggebers enthält. Sofern eine Teillieferung erfolgt, sind außerdem Angaben über die noch ausstehende Restmenge in den Lieferschein aufzunehmen.
- (6) Neben den Regelungen einer Bestellung gelten die Regelungen dieses Rahmenvertrages und die weiteren in § 1 dieses Rahmenvertrages genannten Bestimmungen.
- (7) Der Auftragnehmer wird mit Erteilung einer Bestellung dazu verpflichtet, neben der Lieferung des ausgeschriebenen Leistungsgegenstandes, ergänzende Serviceleistungen zu Gunsten des Auftraggebers zu erbringen. Dazu zählen die Beratung des Auftraggebers, die Reklamationsbearbeitung sowie die Umstellungsunterstützung und -begleitung entsprechend dem Angebot. Die Umbaudienstleistung (Abbau des bisherigen Geräts, Einbau des neuen Medical Clients, Inbetriebnahme, Funktionsprüfung und Übergabe) ist werkvertraglich einzuordnen (§§ 631 ff. BGB) und zum im Leistungsverzeichnis und Preisblatt festgelegten Festpreis je Einheit zu erbringen.
- (8) Der Auftragnehmer veräußert mangelfreie Gegenstände frei von Rechten Dritter. Macht ein Dritter gegenüber dem Auftraggeber Ansprüche wegen der Verletzung von Schutzrechten durch die Nutzung der Leistungen des Rahmenvertragspartners geltend und wird die Nutzung der Leistungen (insb. der gelieferten Produkte) hierdurch beeinträchtigt oder untersagt, wird der Rahmenvertragspartner auf eigene Kosten nach seiner Wahl entweder die in der Bestellung vereinbarten Leistungen unverzüglich so ändern oder ersetzen, dass sie nicht mehr unter die Schutzrechte des Dritten fallen, gleichwohl aber den vertraglichen Bestimmungen entsprechen, oder er wird zugunsten des Auftraggebers unverzüglich erwirken, dass die erbrachten Leistungen uneingeschränkt und ohne zusätzliche Kosten für den Auftraggeber

vertragsgemäß genutzt werden können. Gelingt dies dem Rahmenvertragspartner nicht oder jedenfalls nicht zu angemessenen Bedingungen oder in einem angemessenen Zeitraum, hat er die betroffenen Leistungen gegen Erstattung der von dem Auftraggeber entrichteten Zahlungen zurückzunehmen. Ansprüche des Auftraggebers insbesondere auf Freistellung und/oder Schadensersatz bleiben unberührt.

- (9) Der Rahmenvertragspartner darf die Ausführung von Leistungen nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers an Dritte, insbesondere Nachunternehmer, übertragen.

§ 4 Bestellungen

- (1) Bestellungen bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit grundsätzlich nicht der Bestätigung durch den Auftragnehmer. Es genügt der Eingang des rechtlich, technisch und kaufmännisch korrekten Bestellscheins beim Auftragnehmer.

§ 5 Qualitätssicherung

- (1) Die maßgeblichen Produktmerkmale sind in dem Leistungsverzeichnis der Vergabeunterlagen **(Leistungsverzeichnis und Preisblatt)** festgelegt.
- (2) Der Auftragnehmer stellt jeweils durch eine ordnungsgemäße Ausgangskontrolle (GMP etc.) sicher, dass von ihm nur vertragsgemäße, d.h. mit diesem Rahmenvertrag und der jeweiligen Produktvereinbarung übereinstimmende Ware versandt wird.
- (3) Sinn der vorstehenden Qualitätssicherungsvereinbarung ist es, dass die Qualitätsprüfung auf den Lieferanten verlagert wird. Deshalb ist der Besteller von den Verpflichtungen nach § 377 HGB (Untersuchungs- und Rügepflicht) befreit und muss dementsprechend nicht die ansonsten üblichen Qualitätskontrollen (Eingangskontrollen) durchführen. Hiervon ausgenommen sind die Lieferung nicht bestellter Ware (Identitätsmängel), erkennbare Transportschäden (z.B. schlechter Zustand der Verpackung) sowie sonstige offensichtliche Mängel, die bei Anlieferung der Produkte durch Augenschein wahrnehmbar sind. Diese sind unverzüglich, jedenfalls aber innerhalb von 14 Kalendertagen ab Anlieferung, zu rügen. Versteckte Mängel hinsichtlich der medizinrechtlichen Konformität der Geräte gemäß § 1 Abs. 9, die erst nach Inbetriebnahme erkennbar werden, sind unverzüglich nach Entdeckung zu rügen.

-
- (4) Darüber hinaus liegt es ausschließlich in der Verantwortung des Lieferanten, dass die gelieferten Produkte den vertraglich vereinbarten Qualitätsanforderungen entsprechen.

§ 6 Gewährleistung, Verzug

- (1) Die Gewährleistung und die Verzugsfolgen richten sich nach den Maßgaben des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB).
- (2) Der Lieferant gewährleistet, dass die von ihm gelieferten Produkte frei von Sach- und Rechtsmängeln sind (§§ 434, 435 BGB) und mit den vertraglich vereinbarten Qualitätsanforderungen übereinstimmen. Er gewährleistet darüber hinaus die Einhaltung der Güteanforderungen nach den jeweiligen DIN-EN-Normen bzw. speziell vereinbarte Güteanforderungen sowie die Einhaltung der Konformitätsanforderungen gemäß § 1 Abs. 11. Eine Garantie i.S.d. §§ 443, 444 BGB wird in diesem § 6 nicht übernommen.
- (3) Bei für den Besteller bei Anlieferung erkennbaren Sachmängeln ist die Haftung des Lieferanten aufgrund der Gewährleistung nach Abs. 2 auf die Ersatzlieferung vertragsgemäßer Ware beschränkt.
- (4) Bei sonstigen Sachmängeln richtet sich die Gewährleistung grundsätzlich nach den gesetzlichen Vorschriften (§§ 434 ff. BGB). Gegebenenfalls bestehende Schadenersatzansprüche des Bestellers erfassen allerdings auch die dem Besteller aus berechtigten Regressverpflichtungen Dritter entstehenden Folgekosten.

§ 7 Preiskonditionen

- (1) Die im letzten Angebot des Lieferanten angegebenen Preise in Form des Leistungsverzeichnisses (**Leistungsverzeichnis und Preisblatt**) gelten als vereinbarte Preise für die gesamte Dauer der Laufzeit gemäß § 16 dieses Rahmenvertrages.
- (2) Der Auftragnehmer sichert zu, bei der Kalkulation der Preise die geltenden preisrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen, beachtet zu haben.

§ 8 Rechnungsstellung

-
- (1) Der Lieferant hat die gelieferten Produkte unmittelbar nach Lieferung und Abnahme dem Auftraggeber Rechnung zu stellen, in der am Ende der Umsatzsteuerbetrag auszuweisen ist. Der Lieferant ist dabei berechtigt, mehrere Teillieferungen einer einzelnen Bestellung in einer Rechnung zusammenzufassen, nicht jedoch mehrere Bestellungen. Die Rechnung muss nachprüfbare Angaben über Art und Menge der gelieferten Produkte, ein Rechnungsdatum, eine Rechnungsnummer, den tatsächlich gültigen Umsatzsteuersatz, das Bestelldatum sowie die Bestellnummer des Auftraggebers enthalten.
 - (2) Der Anspruch des Lieferanten auf die vereinbarte Vergütung ist nicht fällig, solange die Leistung nicht erfüllt wurde und keine den unter § 8 Abs. 1 genannten Anforderungen entsprechende Rechnung vorgelegt wurde. Das gleiche gilt für Teillieferungen, denen der Auftraggeber nicht zugestimmt hatte, bis zur vollständigen Lieferung der jeweiligen Bestellmenge.

§ 9 Zahlungsbedingungen

- (1) Bilateral vom Auftraggeber mit dem Auftragnehmer vereinbarte günstigere Zahlungsbedingungen bleiben unverändert bestehen.
- (2) Wird vor dem vereinbarten Zeitpunkt geliefert und die Rechnung gestellt, so ist der Auftraggeber berechtigt, ohne Verlust des vereinbarten Skontos zu dem Zeitpunkt zu zahlen, an dem bei fristgerechter Auftragserfüllung die Zahlung hätte erfolgen müssen.
- (3) Voraus- und Abschlagszahlungen sind ausgeschlossen, soweit nicht eine gesonderte Vereinbarung getroffen wurde.
- (4) Eine vorbehaltlose Annahme der Zahlung durch den Lieferanten schließt Nachforderungen aus. Ein Vorbehalt ist innerhalb von zwei Wochen nach Eingang der Schlusszahlung zu erklären (§ 17 Nr. 4 VOL/B).
- (5) Der Auftragnehmer darf Forderungen aus dem Vertragsverhältnis mit den Auftraggebern nur nach deren vorheriger ausdrücklicher Zustimmung an Dritte abtreten, verpfänden oder sonst belasten.
- (6) Im Falle einer Bietergemeinschaft/Arbeitsgemeinschaft werden Zahlungen mit befreiender Wirkung an den für die Durchführung des Rahmenvertrages und der Bestellung benannten bevollmächtigten Vertreter oder nach dessen schriftlicher Weisung geleistet.

§ 10 Beschaffenheit der Produkte, Gewährleistung, Gefahrübergang

- (1) Die von den Vertragsparteien während der Vertragslaufzeit jeweils zu liefernden Produkte müssen dem im üblichen Absatzgebiet des Bestellers marktüblichen Qualitätsanforderungen, mindestens aber den jeweiligen DIN-EN-Normen, den Konformitätsanforderungen gemäß § 1 Abs. 11 sowie den in den Vergabeunterlagen genannten Bestimmungen entsprechen. Die geltenden nationalen Gesetze und Vorgaben, insbesondere auch die europarechtlichen Vorgaben und die Regeln der Technik müssen eingehalten werden.
- (2) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber bei der erstmaligen Belieferung mit einem Produkt sowie nach jeder Änderung der Spezifikationen eines Produktes geeignete Unterlagen und Dokumentationen, die den Auftraggebern eine Güteprüfung des jeweiligen Produktes ermöglichen, in deutscher Sprache zur Verfügung zu stellen.
- (3) Die Gewährleistungsfrist für Sach- und Rechtsmängel beträgt zwei Jahre (§ 438 Abs. 1 Nr. 3 BGB). Sie beginnt mit dem Übergang der Gefahr auf die Auftraggeber.
- (4) Der Gefahrübergang für die gelieferten Produkte erfolgt mit betriebsbereiter Übergabe am vereinbarten Lieferort (§ 446 BGB). Es sind Teilabnahmen und -übergaben zulässig. Der Gefahrübergang für etwaige Umbaudienstleistungen richtet sich nach Abs. 5.
- (5) Für die Umbaudienstleistung gemäß § 3 Abs. 6 Satz 1 gilt ergänzend: Diese Leistung ist für jede Einheit (je umgebautem Visitenwagen) förmlich abzunehmen. Der Auftragnehmer hat die Fertigstellung der Umbaudienstleistung je Einheit dem Auftraggeber schriftlich anzuzeigen. Der Auftraggeber ist verpflichtet, die Leistung innerhalb von zehn (10) Werktagen nach Fertigstellungsanzeige abzunehmen, sofern keine wesentlichen Mängel vorliegen. Die Abnahme erfolgt durch Unterzeichnung eines Übergabeprotokolls je Einheit. Wesentliche Mängel berechtigen zur Abnahmeverweigerung; unwesentliche Mängel sind im Übergabeprotokoll festzuhalten und vom Auftragnehmer unverzüglich zu beseitigen. Gefahrübergang und Beginn der Gewährleistungsfrist richten sich für die Umbaudienstleistung nach dem Zeitpunkt der Abnahme gemäß § 644 BGB.

§ 11 Höhere Gewalt

- (1) Die Vertragsparteien werden von der Verpflichtung zur Erfüllung und zur Leistung frei, so lange sie oder von ihnen beauftragte Dritte durch höhere Gewalt wie Naturkatastrophen, Pandemien,

Blitzschlag, Erdbeben, Feuer, Krieg oder Mobilmachung, Aufruhr, politische Unruhen, Enteignung oder Explosion, an der Erfüllung ihrer Pflichten gehindert sind. Gleiches gilt infolge eines Streiks oder rechtmäßiger Aussperrung im Betrieb der Vertragsparteien oder in dem Betrieb eines beauftragten Dritten. Streik in den Betrieben von Zulieferern wird nur dann zu einer unverschuldeten Verhinderung der Vertragsparteien, wenn diese auch gehindert sind, Ersatzbeschaffungen vorzunehmen. Streiks und Aussperrungen sowie die Undurchführbarkeit von Transporten in Folge von Arbeitskämpfen im Transportgewerbe oder der Blockade benötigter Transportwege werden einem Fall höherer Gewalt gleichgesetzt, es sei denn, der Lieferant hat ein solches Ereignis vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt.

- (2) Bei der Entscheidung der Frage, ob nach Beendigung der höheren Gewalt eine Nachlieferung für die während dieser Zeit nicht erfolgten Lieferungen erfolgen soll, sind die Vertragspartner verpflichtet, im gegenseitigen Einvernehmen unter angemessener Berücksichtigung der Interessen beider Vertragspartner eine Vereinbarung zu treffen.
- (3) Dauert ein Ereignis höherer Gewalt im Sinne des Abs. 1 ununterbrochen länger als sechs (6) Wochen an und ist der Auftragnehmer nicht in der Lage, dem Auftraggeber innerhalb dieser Frist eine konkrete und verbindliche Perspektive für die Wiederaufnahme der vertragsgemäßen Leistungserbringung zu benennen, ist der Auftraggeber berechtigt, von den betroffenen Bestellungen ganz oder teilweise zurückzutreten. Der Rücktritt ist dem Auftragnehmer in Textform zu erklären. Im Falle des Rücktritts hat der Auftragnehmer bereits erhaltene Vergütungen für noch nicht erbrachte Leistungen unverzüglich zu erstatten. Weitergehende Schadensersatzansprüche des Auftraggebers wegen des Ereignisses höherer Gewalt sind ausgeschlossen, soweit den Auftragnehmer kein Verschulden trifft.

§ 12 Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

- (1) Unterlässt der Auftraggeber eine ihm obliegende Mitwirkungshandlung (z.B. Benennung des konkreten Lieferortes) und setzt er dadurch den Rahmenvertragspartner außerstande, seine Leistung vertragsgemäß zu erbringen, so hat der Rahmenvertragspartner diesen Umstand dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich anzuzeigen.

§ 13 Leistungsänderungen durch den Auftraggeber

- (1) Sofern neue aufsichtsrechtliche, gesetzliche oder gerichtliche Anordnungen oder sonstige, für den Auftraggeber zwingende Anforderungen eine Änderung des Gegenstands erfordern,

werden die Partner die Bestellung entsprechend anpassen, es sei denn, dies ist für den Auftragnehmer unzumutbar. Der Auftragnehmer hat ein Änderungsverlangen des Auftraggebers zu prüfen und diesem unverzüglich schriftlich mitzuteilen, ob die gewünschte Leistungsänderung für ihn zumutbar ist.

- (2) Hat die von dem Auftraggeber gewünschte Änderung weitere Auswirkungen (z.B. auf vereinbarte Liefertermine), so hat der Auftragnehmer dies dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Die Partner haben sich unverzüglich zu einigen. Solange eine solche Einigung nicht zustande kommt, verbleibt es beim bisherigen Auftragsinhalt. Vereinbarte Änderungen werden schriftlich dokumentiert und von beiden Partnern unterzeichnet.
- (3) Lehnt der Vertragspartner eine für ihn zumutbare Änderung der nach der Bestellung geschuldeten Leistungen ab, so ist der Auftraggeber berechtigt, die Bestellung zu stornieren. Der Vertragspartner hat Anspruch auf die Vergütung der bis zum Zugang der Stornierung erbrachten Leistungen. Ein Anspruch auf weitergehende Zahlungen besteht nicht.

§ 14 Ansprechpartner

- (1) Der Auftragnehmer und der Auftraggeber benennen unverzüglich nach der Erteilung einer Bestellung jeweils eine fachkundige Person (einschließlich deren Kontaktdaten), die während der Durchführung der Bestellung dem anderen Partner als Ansprechpartner zur Verfügung steht und befugt ist, erforderliche Entscheidungen zu treffen oder diese unverzüglich herbeizuführen. Für den Rahmenvertragspartner besteht diese Pflicht nur, soweit dieser den Ansprechpartner (und dessen Kontaktdaten) nicht bereits in seinem Angebot angegeben hat.

§ 15 Haftpflichtversicherung

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, spätestens 10 Kalendertage nach Erteilung des Zuschlages, jedenfalls aber vor Beginn der ersten Leistungserbringung, den Nachweis einer abgeschlossenen Haftpflichtversicherung mit einer Mindestdeckungssumme für Personenschäden, Sach- und Vermögensschäden in Höhe von EUR 5,0 Mio. pro Schadensfall gegenüber dem Auftraggeber zu erbringen. Diese muss etwaige Schäden, die bei der Durchführung der Bestellung entstehen können, abdecken.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Versicherungsschutz mit mindestens den vorgenannten Merkmalen über die gesamte Laufzeit des Rahmenvertrages und der auf ihrer Grundlage abgeschlossenen Bestellungen vorzuhalten.

-
- (3) Bei Bietergemeinschaften/Arbeitsgemeinschaften hat jedes Mitglied der Gemeinschaft eine Haftpflichtversicherung mit den in Abs. 1 genannten Deckungssummen nachzuweisen und diese Versicherung für die gesamte Laufzeit dieses Rahmenvertrages sowie der auf ihrer Grundlage abgeschlossenen Bestellungen vorzuhalten.

§ 16 Vertragsdauer und Kündigung

- (1) Der Rahmenvertrag hat eine Laufzeit von zwei (2) Jahren. Der Vertrag verlängert sich automatisch maximal zweimalig um jeweils weitere 12 Monate, sofern der Auftraggeber nicht drei (3) Monate vor Ablauf des Vertrags diesen in Textform kündigt (24+12+12 Monate).
- (2) Die Laufzeit des Rahmenvertrages beginnt mit der Zuschlagserteilung und endet spätestens nach 48 Monaten ohne, dass es einer Kündigung bedarf.
- (3) Von dem Ende der Laufzeit dieses Rahmenvertrages bleibt die Wirksamkeit einer dem Auftragnehmer erteilten Bestellung unberührt.
- (4) Die ordentliche Kündigung dieses Rahmenvertrages ist für beide Parteien ausgeschlossen. Das Recht zur Kündigung des Rahmenvertrages aus wichtigem Grund bleibt durch diesen Vertrag unberührt.

Ein wichtiger Grund ist insbesondere:

- a) die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren Verfahrens über das Vermögen des betreffenden Vertragspartners oder die Stellung eines Eigenantrags des betreffenden Vertragspartners auf Eröffnung eines solchen Verfahrens über sein eigenes Vermögen;
- b) schwerwiegende, schuldhafte Verstöße gegen die vertraglichen Verpflichtungen durch einen Vertragspartner, auf Grund derer es für den kündigenden Vertragspartner unzumutbar ist, den Vertrag bis zum nächstmöglichen Beendigungstermin fortzusetzen;
- c) Die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit gemäß den Ausschreibungsbedingungen während des Vertragslaufzeit nicht mehr eingehalten werden.
- d) weitere Gründe wie:
 - Pfändung von Forderungen des Lieferanten gegen den Auftraggeber

-
- versuchte oder verwirklichte Begehung eines Straftatbestandes im Sinne der §§ 331 ff. StGB
 - versuchter oder verwirklichter Verstoß des Lieferanten gegen Vorschriften des UWG aus Anlass der Vergabe
 - Verletzung wesentlicher Vertragspflichten trotz Abmahnung, so dass der anderen Vertragspartei eine Fortsetzung des Vertrages nicht mehr zuzumuten ist.

- (9) Eine Kündigung ist in den Fällen des Abs. 4 (b) erst dann zulässig, wenn eine schriftlich (per Einschreiben mit Rückschein) zu setzende Nachfrist von zwei Wochen zur Beseitigung der Folgen des Verstoßes (Abmahnung) fruchtlos verstrichen ist. Die Frist gilt ab Zugang des Schreibens bei dem Abgemahnten.

§ 17 Leistungsstörungen

- (1) Soweit in diesen Bedingungen nichts Gegenteiliges bestimmt ist, gelten für Leistungsstörungen die gesetzlichen Vorschriften, insbesondere diejenigen des Bürgerlichen Gesetzbuches sowie des Handelsgesetzbuches.
- (2) Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber unverzüglich zu informieren, wenn er an der rechtzeitigen Ausführung des Auftrags gehindert ist. Soweit die Verhinderung aus höherer Gewalt resultiert, kann eine angemessene Verlängerung der Ausführungs- bzw. Lieferfrist verlangt werden.

§ 18 Haftungsregelungen

- (1) Der Lieferant übernimmt für die von ihm gelieferten Produkte die Haftung als Produzent bzw. Inverkehrbringer. Er stellt den Auftraggeber von diesbezüglichen Ansprüchen Dritter frei. Gleiches gilt für sonstige Schadensersatzansprüche Dritter gegen den Auftraggeber, die auf dem Einsatz von durch den Lieferanten gelieferten Produkten beruhen. § 276 Abs. 3 BGB bleibt unberührt.
- (2) Die Benutzung von Einrichtungen (Straßen, Wege, Lager, Gebäude, Arbeitsplätze etc.) oder sonstigen Gegenständen des Auftraggebers durch den Lieferanten bei der Abwicklung des Auftrages erfolgt auf eigene Gefahr. Die genannten Einrichtungen und Gegenstände sind nach der Benutzung in dem Zustand zurückzugeben, den sie vor der Benutzung durch den Auftragnehmer hatten.

-
- (3) Der Auftragsnehmer hat den Auftraggeber Unfälle auf deren Gelände und in deren Gebäuden unverzüglich anzuzeigen. Der Auftraggeber übernimmt keine Haftung bei Beschädigungen an Gegenständen oder Verletzungen von Mitarbeitern des Lieferanten, soweit diese nicht auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit des Auftraggebers beruhen.
- (4) Entstehen bei Transport oder Montage von Lieferleistungen Schäden am Bauwerk, an anderen Gewerken oder Personen, so ist der Auftragsnehmer schadensersatzpflichtig. Der Auftraggeber ist berechtigt bis zur endgültigen Klärung und Regelung der Schadensersatzansprüche einen entsprechenden Zahlungseinbehalt vorzunehmen.

§ 19 Datenverarbeitung im Rahmen des Vertragsverhältnisses

- (1) Der Auftraggeber hat das Recht, unter Einhaltung der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) personenbezogene Daten im Rahmen dieses Vertragsverhältnisses auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. b) DSGVO zu verarbeiten. Die Daten werden für die Verhandlung, Durchführung und Dokumentation dieses Vertragsverhältnisses sowie aus Gründen der Compliance in Umsetzung von Aufsichtspflichten der Geschäftsführung (insbesondere wegen § 130 OWiG) und zur Erfüllung berufsrechtlicher Verpflichtung ihrer Mitarbeiter verarbeitet. Die Verarbeitung der Daten kann darüber hinaus erforderlich sein, um rechtliche Ansprüche durchzusetzen.
- (2) Betroffene haben auf Grundlage von Art. 15 bis 21 DSGVO das Recht, Zugang und Informationen über die Zweckbestimmung der gespeicherten personenbezogenen Daten zu erhalten, fehlerhafte Daten korrigieren zu lassen, deren Löschung zu verlangen sowie die Einwilligung in bestimmte Arten der Verarbeitung zu widerrufen, und die Übertragung der Daten an eine andere verantwortliche Stelle zu verlangen. Das Recht des Betroffenen auf Löschung wandelt sich in ein Recht auf Sperrung, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen.

§ 20 Verpflichtungen nach den Tariftreue- und Vergabegesetzen

Der Auftragsnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der Vorgaben der jeweiligen Tariftreue- und Vergabegesetze. Des Weiteren verpflichtet er sich, vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der Einhaltung der Vorgaben zur Tariftreuepflicht und zur Zahlung des Mindestlohns bereitzuhalten und auf Verlangen des Auftraggebers binnen einer angemessenen Frist

vorzulegen und zu erläutern. Der Auftragnehmer hat die Einhaltung dieser Pflicht durch ggf. beauftragte Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften vertraglich sicherzustellen.

§ 21 Schlussbestimmungen

- (1) Änderungen oder Ergänzungen dieses Vertrages oder mitgeltenden Anlagen zu diesem Vertrag bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für eine Aufhebung dieser Schriftformklausel.
- (2) Das von dem Auftragnehmer beschäftigte Personal ist zur entsprechenden Geheimhaltung zu verpflichten. Dies gilt auch für alle vom Rahmenvertragspartner im Zusammenhang mit diesem Projekt beauftragten Unternehmen. Dies gilt auch für einen Zeitraum von zehn Jahren nach Beendigung des Vertrages.
- (3) Alle Unterlagen, die den Bietern im Zusammenhang mit dem Vergabeverfahren oder der Vertragsdurchführung überlassen werden, dürfen ohne Zustimmung nicht für andere Zwecke verwendet, vervielfältigt oder Dritten zugänglich gemacht werden.
- (4) Die Vertragspartner werden sich bemühen, etwaige Meinungsverschiedenheiten unter fairer Abwägung der beiderseitigen Interessen möglichst freundschaftlich beizulegen.
- (5) Vertragssprache sowie Sprache zur Kommunikation in den Bestellungen ist Deutsch.

§ 22 Rechts- und Gerichtsstandvereinbarung

Gerichtsstand für Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Einzelbelieferungen des Lieferanten an einen Auftraggeber ist der Sitz des Auftraggebers. Es gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts.

§ 23 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, berührt dies nicht die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung gilt eine wirksame und durchführbare Regelung als vereinbart, die dem wirtschaftlichen Zweck der zu ersetzenden Bestimmung so weit wie möglich entspricht. Entsprechendes gilt für etwaige Lücken im Vertrag.

(Ort, Datum)

Unterschrift

„Deutsches Rotes Kreuz Schwesternschaft Berlin gemeinnützige Krankenhaus GmbH“ und
„Zweite Gemeinnützige Krankenhaus GmbH Deutsches Rotes Kreuz Schwesternschaft
Berlin“

(Ort, Datum)

Unterschrift

Auftragnehmer

ANLAGENVERZEICHNIS

Die Parteien verzichten einvernehmlich darauf, die nachstehenden – den Bietern im Laufe des Vergabeverfahrens übersandten bzw. dem Angebot des Auftragnehmers entsprechenden – Anlagen diesem Vertrag in ausgedruckter Form beizufügen, da sie den Parteien bereits vorliegen. Die nachfolgenden Anlagen werden diesem Vertrag ausschließlich digital beigelegt.

(Ort, Datum)

Unterschrift

„Deutsches Rotes Kreuz Schwesternschaft Berlin gemeinnützige Krankenhaus GmbH“ und
„Zweite Gemeinnützige Krankenhaus GmbH Deutsches Rotes Kreuz Schwesternschaft
Berlin“

(Ort, Datum)

Unterschrift

Auftragnehmer

Anlagenverzeichnis:

Anlage 1 Leistungsbeschreibung

Anlage 2 Leistungsverzeichnis und Preisblatt

Anlage 3 Ausschreibungsbedingungen

Anlage 4 – AV-Vertrag

Weitere Bestandteile dieses Vertrages sind unter Ausschluss der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers die folgenden Unterlagen, jeweils mit ihren etwaigen Anlagen, in absteigender Rang- und Reihenfolge:

- das Angebot des Bieters
- die besonderen Vertragsbedingungen der Bundesländer zu Ihren jeweiligen Landestariftreue und Vergabegesetzen finden – auch wenn Sie nicht physisch diesen Unterlagen beigelegt sind – Anwendung und sind Bestandteile der Vergabeunterlagen
- alle einschlägigen technischen Normen, Richtlinien und Bestimmungen
- Ergänzungen der Vergabeunterlagen durch die im Rahmen der eVergabe öffentlich beantwortete Fragen
- die übrigen Vergabeunterlagen